

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Alexander Bonde, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksachen 16/1507, 16/1649 –**

**Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte
an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur zeitlich befristeten
Unterstützung der Friedensmission MONUC der Vereinten Nationen
während des Wahlprozesses in der Demokratischen Republik Kongo
auf Grundlage der Resolution 1671 (2006)
des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2006**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Zusammenhang mit der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation EUFOR RD CONGO zur zeitlich befristeten Unterstützung der Friedensmission MONUC der Vereinten Nationen während des Wahlprozesses in der Demokratischen Republik Kongo wird eine breite Grundsatzdebatte zur deutschen Sicherheitspolitik geführt. Dabei geht es um zentrale Weichenstellungen. Unter anderem sprach sich der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, öffentlich dafür aus, den Verteidigungsfall neu zu definieren, das Grundgesetz zu ändern und die Prioritäten deutscher Auslandseinsätze verstärkt auf den Aspekt Sicherung der Rohstoffversorgung zu konzentrieren.

Im Rahmen dieser Debatte wird auch der Entwurf des Weißbuchs diskutiert. Der Entwurf des Weißbuchs wurde Anfang Mai vom Bundesministerium den mit beratenden Ressorts und dem Generalinspekteur zugeleitet. Auch den Koalitionsfraktionen wurde der Entwurf zur Kenntnis gegeben. Seit dem 12. Mai 2006 liegt der Entwurf des Weißbuchs einzelnen Pressevertretern vor. Den Oppositionsfraktionen und der Öffentlichkeit wird der Entwurf von Seiten des Bundesministeriums bislang vorenthalten.

Nach dem Willen des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, soll das Kabinett das Weißbuch bereits am 12. Juli 2006, d. h. kurz nach der Fußballweltmeisterschaft und während der parlamentarischen Sommerpause

verabschieden. Nach den bisherigen Überlegungen sollen Parlament und Öffentlichkeit erst im Nachhinein über das Ergebnis der künftigen Regierungspolitik unterrichtet werden. Auf dieser Grundlage ist keine breite sicherheitspolitische Debatte, weder in Fachkreisen, noch in der Bevölkerung, möglich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. allen Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Öffentlichkeit den Entwurf des Weißbuchs zur Kenntnis zu geben und damit die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilnahme an der sicherheitspolitischen Debatte zu ermöglichen,
2. dafür Sorge zu tragen, dass das Weißbuch zur Sicherheit alle zivilen, polizeilichen und militärischen Instrumente der äußeren Sicherheitsvorsorge und Krisenbewältigung umfasst und zu einem kohärenten Konzept verknüpft,
3. wichtige Teilaspekte vorab mit den Betroffenen und Fachexperten in Fachforen öffentlich zu erörtern,
4. das Weißbuch erst dann endgültig im Kabinett zu verabschieden, wenn Parlament und Öffentlichkeit die Möglichkeit erhalten haben, zum Kabinettsentwurf Stellung zu nehmen.

Berlin, den 30. Mai 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion